

Welle von Selbstanzeigen nach CD-Kauf

Steuerstünder offenbaren sich bei den Finanzbehörden

Jens Tartler, Berlin

Durch die Ankäufe von Steuer-CDs ist die Zahl der Selbstanzeigen von Steuerhinterziehern noch einmal angestiegen. In Baden-Württemberg haben sich nach FTD-Informationen in der ersten Augustwoche 117 Hinterzieher bei den Finanzbehörden offenbart. Seit 15. Juli waren es 287 Selbstanzeigen.

In Berlin meldeten sich vom 27. Juni bis 8. August 61 Steuerhinterzieher bei den Behörden. Im ganzen zweiten Quartal waren es 42 gewesen. In Hamburg machten sich in den letzten beiden Juliwochen 14 Steuerstünder ehrlich. „Der große Schub nach dem Fall Zumwinkel ist durch“, sagte ein Sprecher des Finanzsenats, „aber man merkt es immer, wenn über CD-Käufe berichtet wurde.“

Schub wegen Zumwinkel

Allein in den vergangenen Wochen hatten deutsche Finanzbehörden vier CDs mit Steuerdaten angekauft. Ein solches Geschäft hatte auch 2008 zur Verhaftung des früheren Post-Chefs Klaus Zumwinkel geführt. Er war 2009 wegen Steuerhinterziehung zu einer Geldauflage von 1 Mio. Euro verurteilt worden. Viele Länder führen seit Februar 2010 Buch über die Selbstanzeigen. Baden-Württemberg steht bei 9561 Fällen, Nordrhein-Westfalen bei 6465 und Hessen bei 4081.

In NRW gab es vom 5. Juli bis 2. August insgesamt 93 Selbstanzeigen. In den Vormonaten waren es jeweils weniger als 20 gewesen. Auch in Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein zeigt der Trend nach oben.

SPD-Finanzminister wie Norbert Walter-Borjans aus NRW sehen die Selbstanzeigen als Beleg dafür, dass CD-Käufe ein effektiveres Instrument im Kampf gegen die Steuerhinterziehung seien als das geplante Abkommen mit der Schweiz. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble und seine CDU-Kollegen in den Ländern beharren darauf, dass das Abkommen höhere Einnahmen und eine systematischere Erfassung der Sünder zur Folge hätte. Die SPD-regierten Länder blockieren dessen Ratifizierung im Bundesrat.

Schweizer denken um

Laut Walter-Borjans haben allein die Selbstanzeigen von deutschen Steuerstündern mit Konten in der Schweiz Steuermehreinnahmen von 2 Mrd. Euro gebracht. Hinzu kämen 300 Mio. bis 500 Mio. Euro durch Ermittlungen auf Grundlage der Daten von den CDs.

Auch der damalige Zumwinkel-Anwalt Rolf Schwedhelm aus Köln sprach von einem Andrang der Mandanten: „Die CD-Käufe sind seit Monaten ein Thema.“ Seine Kunden berichteten, dass sie mittlerweile von ihren Schweizer Banken zur Selbstanzeige angehalten würden.

Schweiz gegen Spanien: Seite 11

Schweiz legt sich mit Spanien an

Bern will die Auslieferung des angeblichen Datendiebs Hervé Falciani aus Spanien erzwingen. Denn dessen Steuer-CDs haben in Europa eine Welle von Verfahren ausgelöst

Birgit Jennen, Madrid

Nach dem Ankauf von Steuer-CDs durch Nordrhein-Westfalen beschäftigt ein ähnlicher Schweizer Bankdatenfall nun auch die spanischen Behörden. Die Schweiz hat einen Antrag auf Auslieferung des mutmaßlichen Datendiebs Hervé Daniel Falciani gestellt, dem vorgeworfen wird, Kundendaten der Großbank HSBC in Genf gestohlen und ins Ausland geschafft zu haben. Spanische Ermittler haben Falciani am 1. Juli aufgrund eines internationalen Haftbefehls am Hafen von Barcelona festgenommen. Nun prüft Spaniens Nationalgericht das Schweizer Auslieferungsgesuch. Der Ausgang des Verfahrens sei ungewiss, heißt es beim Gericht.

Schwarzgeldkonten und untreue Mitarbeiter – für die Schweiz wird der Versuch der Geheimhaltung von Bankkundendaten zum europäischen Problem. Nachdem bereits mit Deutschland und 2009 mit Frankreich ein Streit über die Nutzung von Schweizer Bankdaten entfacht ist, könnten nun auch die Beziehungen zwischen Madrid und Bern auf die Probe gestellt werden. Denn im Streit um die Nutzung von enteigneten Bankinformationen ist auch der Kooperationswille der Spanier beschränkt. Bei der Verfolgung von möglichen Datendieben arbeiten Spaniens Ermittler zwar auf Basis des Europäischen Auslieferungsbereinkommens mit Bern zusammen. Doch spätestens wenn es um die Verfolgung von möglichen Steuerstündern geht, nehmen die Spanier ähnlich wie Nordrhein-Westfalen keine Rücksicht.

Der Fall Falciani zieht in Europa längst weite Kreise – in den vergangenen drei Jahren hat er eine Welle von Steuerprüfungen in Frankreich, Italien und Spanien ausgelöst. Insgesamt 659 Spanier mit einem möglichen Schwarzgeldvermögen von 6 Mrd. Euro sind in Spanien ins Visier der Steuerermittler geraten – darunter auch die Bankiersfamilie Botín von der Großbank Santander.

In Frankreich sind gegen 3000 mutmaßliche Steuerhinterzieher Untersuchungen eingeleitet worden; laut Presseberichten geht es dabei um ein Vermögen von 12 Mrd. Euro. Und in Italien sind die Steuerermittler dank der Falciani-Liste rund 700 Fällen auf der Spur; Rom geht von möglichen Schwarzgeldkonten in Höhe von 5 Mrd. Euro aus. Auch Italiens Jetset ist dabei im Visier, denn auf der Falciani-Liste tauchen Prominente auf wie die Modedesigner Valentino und Renato Balestra, der Juwelier Gianni Bulgari und die Gattin von Ex-Formel-1-Manager Flavio Briatore.

Angestoßen wurde der Fall in Frankreich. Falciani war als Informatiker zwischen 1997 und 2007 bei der britischen Großbank HSBC in Genf beschäftigt und kopierte 15 000 Kundendaten, mit Namen, Adressen, Vermögensentwicklung der vergangenen zehn Jahre und ausführlichen Be-

suchsprotokollen. 2008 versuchte er, die Kundendaten an die Bank Audi in Beirut zu verkaufen, später an internationale Geheimdienste, doch ohne Erfolg. Der Frankoitaliener zog sich daraufhin in den Süden Frankreichs zurück und leitete als eine Art Geschmackschäppchen die Daten von sieben französischen Bankkunden an die hiesigen Steuerbehörden weiter. Die französischen Steuerermittler ließen sich das nicht entgehen: Sie beschlagnahmten Falcianis Computer und weiterten sich, die Informationen an die Schweizer Behörden auszuliefern – was einen diplomatischen Streit zwischen Paris und Bern auslöste.

Auf Druck der Schweizer willigte Frankreich zwar später in die Rückgabe der Bankdaten ein. Doch gegen deren Willen leiteten die Ermittler zahlreiche Steuerverfahren gegen mutmaßliche französische Steuerhinterzieher ein. Zum Ärger der Schweizer leitete Paris die umstrittene Falciani-Liste zudem an Steuerermittler anderer Staaten weiter, etwa an Spanien und Italien. Laut einem französischen Gericht können die unrechtmäßig erworbenen Bankdaten zwar nicht als Beweis in einem Steuerverfahren verwendet werden. Frankreich, Spanien und Italien nutzen die Informationen dennoch, um die Betroffenen zur Selbstanzeige und Zahlung der Steuerschuld zu zwingen. Die Bankiersfamilie Botín hat ihre Steuerschuld in Höhe von 200 Mio. Euro bereits beglichen.

UBS wehrt sich

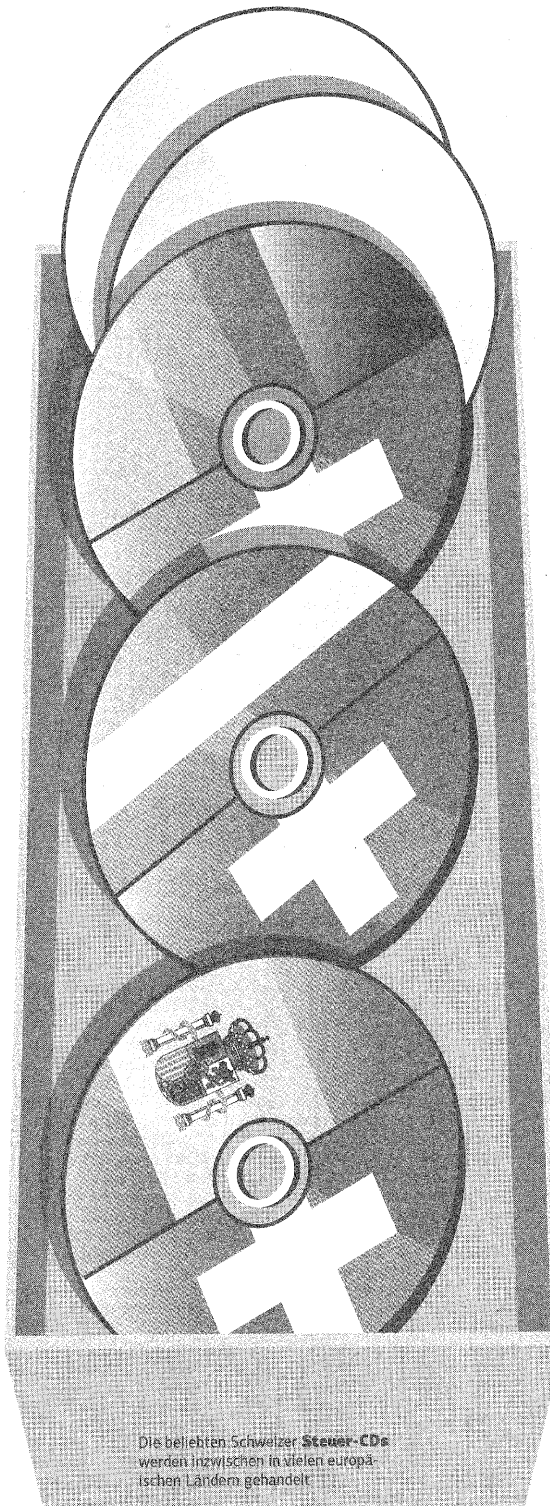
Konter Die Schweizer Großbank UBS hat Vorwürfe zurückgewiesen, sie helfe reichen deutschen Steuerstündern dabei, Schwarzgeld am Fiskus vorbeizuschleusen. „Die UBS leistet keine Unterstützung bei Steuerumgehung. Wir bieten Kunden ganz klar keine Hand zur Umgehung von bilateralen Steuerabkommen einschließlich dem mit Deutschland“, sagte der Chef des UBS-Vermögensverwaltungsgeschäfts, Jürg Zeltner, am Dienstag der Nachrichtenagentur Reuters. Das gelte auch für das fernöstliche Finanzzentrum Singapur. „Singapur ist kein Steuerschlupfloch“, betonte Zeltner.

Verstecktes Vermögen

■ Schwarzgeld und ■ deklariertes Geld in der Schweiz nach Ländern in Mrd. €*



*Stand: April 2012
FTD/Quelle: „Die Santandri“



Die beliebten Schweizer Steuer-CDs werden inzwischen in vielen europäischen Ländern gehandelt